Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

WEITBLICK

Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 15 Quartal 1/2024

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter,

die Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben gezeigt, dass immer mehr Menschen aufwachen und Veränderung möchten. Ein „Weiter so“ bei Migration, sogenannter Energiewende und wirtschaftlichem Abschwung bringt unser Land an die Grenzen der Belastbarkeit. Die Wähler suchen Alternativen.

Als Bundestagsabgeordnete der Alternative für Deutschland haben wir daher bei unserer letzten Klausurtagung einen Zehn-Punkte-Plan für eine erste AfD-Regierung entwickelt. Diesen 10-Punkte-Plan finden Sie hinten im Heft als heraustrennbares Element. Überzeugen Sie sich davon, wie gut eine Regierungsbeteiligung unserem Land tun würde! Wir wollen die Deindustrialisierung und Destabilisierung unserer Heimat stoppen. Vielleicht hilft die Ampel mit und schafft sich schneller ab als die meisten erwarten.

Der nächste Winter kommt bestimmt. Wir stehen für bezahlbare Energie und haben Lösungen zu diesem Thema, die so einfach sind, dass ein Grüner nicht darauf kommen würde: Kraftwerke länger ans Netz, schädliche Sanktionen beenden und ernsthafter Bürokratieabbau sind nur einige Punkte.

Sehr gerne berichte ich an dieser Stelle von den Bürgerbegegnungen in Berlin, auf dem Rhein oder bei Stammtischen vor Ort. Falls Sie selbst noch keine Gelegenheiten hatten, daran teilzunehmen, abonnieren Sie gerne meinen Newsletter und lassen Sie sich für das nächste Mal einladen. Gerne besuche ich auch Ihren Kreisverband und berichte persönlich von meiner Arbeit in Berlin und den Lösungen, die wir als Fraktion entwickelt haben und weiterhin entwickeln.

Als Abgeordneter aus Baden-Württemberg ist mir die Vernetzung mit den Landtagsabgeordneten in Stuttgart wichtig. Gemeinsam entwickeln wir starke Positionen für ein starkes Land, u.a. bei gemeinsamen Klausurtagungen.

Zu meiner Tätigkeit als Abgeordneter gehört der Einsatz im Wahlkreis und der Region. Im Großkraftwerk Mannheim konnte ich mir ein eigenes Bild zur Energieversorgung der Region machen, am Lammerskopf mit Bürgern darüber ins Gespräch kommen, wie sehr Windindustrieanlagen in Natur und Landschaft eingreifen. Wichtig ist mir die Abstimmung mit meinen Kollegen im Kreistag, wenn es beispielsweise um den Erhalt der vier GRN-Kliniken in unserem Kreis geht. Bei so wichtigen Themen ist es gut, sowohl im Bundestag als auch im Kreis verankert zu sein.

Der regelmäßige Blick über den Tellerrand ist unerlässlich für einen Abgeordneten und führte mich kürzlich als OSZE-Wahlbeobachter nach Polen.

Ich grüße Sie ganz herzlich und wünsche Ihnen
viel Freude beim Lesen!

Ihr

Dr. Malte Kaufmann

Mitglied des Bundestages
Obmann für die AfD-Fraktion im Wirtschaftsausschuss

IN DIESER AUSGABE

Vorwort ..... Seite 2
Der 10-Punkte-Wirtschaftsplan ..... Seite 3
Der Heizhammer ist da! ..... Seite 4
Besuch beim Großkraftwerk Mannheim ..... Seite 5
Windindustrie auf dem Lammerskopf? ..... Seite 6
Das „Wind-an-Land“-Gesetz ..... Seite 6
Das Wirtschaftswunder von Scholz und Habeck ..... Seite 8
Plenarwochen: Reden im Bundestag ..... Seite 9
Gesundheitszentren Rhein-Neckar ..... Seite 10
OSZE-Wahlbeobachter in Polen ..... Seite 11
Klausur mit der Landtagsfraktion Baden-Württemberg ..... Seite 12
Stammtische mit Dr. Malte Kaufmann ..... Seite 13
Unser Bürgerdialog auf dem Rhein ..... Seite 14
Besuchergruppe in Berlin ..... Seite 15
Flyer 10-Punkte-Plan für Deutschland zum Heraustrennen

DER 10-PUNKTE-WIRTSCHAFTSPLAN ZUR ÜBERWINDUNG DER ENERGIE- UND WIRTSCHAFTSKRISE

Arbeitskreissitzung: Gute Stimmung trotz ernster Themen

Noch vor der Sommerpause erarbeitete der Arbeitskreis Wirtschaft zusammen mit den wirtschaftspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen ein Positionspapier, das Deutschland aus der Energie- und Wirtschaftskrise führen würde. Die Stimmung im Arbeitskreis war gut, auch wenn wir in großer Sorge sind über die Entwicklung in unserem Land, die der Wirtschaft großen Schaden zufügen kann. An deutlichen Worten wurde nicht gespart – denn Deutschland befindet sich in der gefährlichsten Wirtschaftskrise seiner Nachkriegsgeschichte.

Um aus dieser für Deutschland existenziellen Krise herauszukommen, und um das Abwandern von Industrie zu verhindern, das mit dem Verlust von unzähligen Arbeitsplätzen und letztlich mit dem Verlust unseres Wohlstand und des sozialen Friedens einhergeht, fordern wir:

1. **Kraftwerke länger ans Netz!**
2. **Wiedereinstieg in die Kernkraft!**
3. **Schädliche Sanktionen beenden!**
4. **Inflation stoppen!**
5. **CO_2-Bepreisung abschaffen!**
6. **EZB muss ihrem Mandat wieder gerecht werden!**
7. **Ernsthafter Bürokratieabbau!**
8. **Fachkräfte aktivieren!**
9. **Infrastruktur verbessern!**
10. **Technologieoffenheit statt Verbote!**

Hier geht es zu unseren Positionen:

Mitglieder des Arbeitskreises und die wirtschaftspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen in den Landtagen.

SIE HABEN FRAGEN ZU MEINER ARBEIT?

Als Abgeordneter der AfD im Deutschen Bundestag setze ich mich täglich für Ihre Belange ein. Mir ist ein persönlicher Austausch mit meinen Wählern, Unterstützern und auch Kritikern sehr wichtig. Zögern Sie deshalb nicht, wenn Sie Fragen, Angegungen oder ein persönliches Anliegen haben. Sie erreichen mich am besten über E-Mail an die Adresse ✉ **malte.kaufmann@bundestag.de**

Ich freue mich auf unseren Austausch!

DER HEIZHAMMER IST DA!

Dem Erreichen „der klimapolitischen Ziele“ und der „Reduktion der Abhängigkeit von Importen fossiler Energie“ soll das am 8. September verabschiedete sogenannte Heizungsgesetz angeblich dienen. Damit hat sich die Ampelregierung ohnehin ein unsinniges Ziel gesetzt. Was sich aber wirklich hinter dem Gesetz verbirgt, zeigt sich dem aufmerksamen Leser bereits auf Seite eins und zwei der Einleitung: Dort wird darauf hingewiesen, dass die „verantwortlichen Eigentümer“ „bei jedem Heizungswechsel berücksichtigen, dass spätestens bis zum Jahr 2045 die Nutzung von fossilen Energieträgern beendet sein muss und danach alle Heizungen vollständig mit erneuerbaren Energien betrieben werden“ müssen.

Auch hier geht es wieder um nichts weniger als einen kompletten Umbau der Gesellschaft nach grün-sozialistischen Maßstäben – koste es, was es wolle.

Das neue Gesetz lässt in den meisten Fällen keine sinnvolle Alternative zum Einbau einer Wärmepumpe mehr zu. Eine Wärmepumpe setzt umfassende Maßnahmen zur Dämmung des Gebäudes voraus, die mehr als die Hälfte der deutschen Wohngebäude treffen.

Kostspielige energetische Sanierungen stehen für die meisten Hauseigentümer an, wenn eine künftige Regierung den Heizhammer nicht zurücknimmt. (Symbolbild)

Verschiedene Umfragen ergeben, dass zwischen 87 und 96 Prozent der Wohnungseigentümer nicht in der Lage wären, die verlangten energetischen Sanierungen vorzunehmen. Es handelt sich hier also um eine faktische Enteignung von Privateigentum. Dies scheint von der Ampel gewollt, mindestens aber billigend in Kauf genommen zu werden.

Nur die AfD-Fraktion steht auf der Seite der Bürger und schützt ihr Eigentum vor der Willkür in der Energiepolitik!

Wir als AfD-Fraktion haben uns diesem Ansinnen von Anfang an entgegengestellt. Mit mehreren Anträgen haben wir dafür gekämpft, das Schlimmste zu verhindern:

„Diversifizierung von Gebäudeheizungsarten erhalten – Durch vielfältige Heizsysteme die Widerstandsfähigkeit der Wärmeerzeugung in Deutschland bewahren.“ (Drucksache 20/7357)
https://dserver.bundestag.de/btd/20/073/2007357.pdf

„Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern – Priorisierung der Wärmepumpen beenden“ (Drucksache 20/6415)
https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006415.pdf

„Eigentum vor Willkür in der Energiepolitik schützen“ (Drucksache 20/6416)
https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006416.pdf

Alle Anträge wurden von den „selbsternannten Demokraten“ der Altparteien abgelehnt.

Dr. Malte Kaufmann: „Als AfD-Bundestagsfraktion stellen wir uns auch in Zukunft auf die Seite der Bürger und kämpfen weiterhin entschieden gegen wirtschaftlichen Irrsinn der Ampel. Das Gebäudeenergiegesetz ist ein solcher Irrsinn. Wir haben aus Überzeugung dagegen gestimmt. Die Menschen in unserem Land werden sich das sicher nicht mehr lange bieten lassen. Ich freue mich auf die nächsten Wahlen!“

HIER IST DIE ENERGIE – BEDARFSGERECHTE ENERGIEVERSORGUNG IN DER REGION

Die 110 ist nicht nur der Notruf der Polizei, sondern auch die Höhenangabe in Metern für das Dach von Block 9 des Großkraftwerkes Mannheim (GKM). Eine Führung beim GKM, die regen Zuspruch fand, hatte das Team von Dr. Malte Kaufmann am 6. Oktober 2023 organisiert. Zwei ehemalige Kraftwerksleiter führten die Besucher in zwei Gruppen durch die Turbinenhalle, zum Brennkessel und an den Pumpen vorbei. Sie erklärten die Abläufe detailliert und beantworteten auch spezielle Fragen präzise.

Das GKM produziert zuverlässig und sauber Energie. Es wandelt Kohle hocheffizient in Strom und Wärme um und versorgt die Region mit planbar verfügbarer Energie.

Die Technik spricht für sich und das GKM macht vor, wie bedarfsgerechte Energieversorgung in der Praxis aussieht – im Gegensatz zu grünen Märchenerzählungen von Zufallsstrom und Wasserstoffzauber.

An der Führung nahmen neben den Bundestagsabgeordneten Dr. Malte Kaufmann und Marc Bernhard die Stadträte Sven Geschinski und Timethy Bartesch sowie weitere Besucher teil.

Reges Interesse – viele Fragen. Die Zukunft der Energieversorgung sollte nicht den Grünen überlassen werden.

Sie zeigten sich beeindruckt von der Größe der Anlage, der Höhe, aber vor allem der Kraftwerkstechnik.

Dr. Malte Kaufmann: „Der Besuch hat uns darin bestätigt, dass die bestehende ausgereifte Kraftwerkstechnik für die Versorgung unseres Landes unverzichtbar ist.“

Besuchergruppe beim Großkraftwerk Mannheim.

LAMMERSKOPF – WINDRÄDER STATT WALD?

Anlass für eine Ortsbegehung auf dem Lammerskopf war der geplante Windpark mit 10-15 Windrädern. Ein Bieterkonsortium um die Stadtwerke Heidelberg hat bereits den Zuschlag erhalten. Bürger sollen von diesem „Bürgerwindpark“ zwischen Heidelberg-Ziegelhausen und Schönau profitieren können, indem sie sich über Energiegenossenschaften daran beteiligen.

Etwa 50 Interessierte folgten am 21. Oktober der Einladung des Bundestagsabgeordneten Dr. Malte Kaufmann zu einer Ortsbegehung „Windpark auf dem Lammerskopf?“ Mit dabei waren die Heidelberger Stadträte, Kreisratskollegen von Dr. Kaufmann sowie der Schriesheimer Gemeinderat der AfD. Dr. Andreas Geisenheiner, AfD-Kreisrat Rhein-Neckar, hielt den Hauptvortrag: „Den Wald für Windindustrie abzuholzen, das ist ein Frevel.“

Untermauert mit Bildern und Diagrammen stellte er deutlich dar, dass eine Energieversorgung mit den Energien Wind und Sonne für ein Industrieland ein Irrweg ist und zur Zerstörung der Natur beiträgt.

Die AfD lehnt einen weiteren Ausbau der Windenergie ganz klar ab. Martin Jacob sprach über die Bürgerinitiativen in den Orten rund um den Lammerskopf. Während eines Imbisses bestand die Möglichkeit, sich weiter auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Dr. Malte Kaufmann: „Was am Ende in diesem „Bürgerwindpark“ produziert wird – Windenergie oder nur Bürgerwind – spielt keine Rolle. Die Stadtwerke Heidelberg werden davon profitieren, Wald, Natur und Umwelt hingegen nicht.“

Dr. Malte Kaufmann und Dr. Andreas Geisenheiner.

DAS „WIND-AN-LAND“-GESETZ: KOSTEN, MENGEN, FOLGEN? – EGAL.

Ahnungslosigkeit scheint eine der Kernkompetenzen der aktuellen Bundesregierung zu sein, frei nach dem Motto: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.“ Die Bestätigung dieser Vermutung ergab nun erneut eine Anfrage (Nr. 9/103) des Obmanns der AfD-Fraktion im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages, Dr. Malte Kaufmann, an die Bundesregierung. Die Bundesregierung konnte auf die Frage, welche Ressourcen in welcher Menge benötigt werden, um die ehrgeizigen Ausbauziele von zwei Prozent der gesamten Bundesfläche für die Windenergie zu erreichen, keine Antworten liefern und verwies stattdessen wortkarg auf allgemeine Angaben zu einer früheren Anfrage.

Konkret lautete die Frage nach den zu erwartenden

- Kosten wie auch nach den zu beschaffenden
- Materialmengen, die zum Bau der vielen tausend neuen Windkraftanlagen benötigt werden, als auch
- Erkenntnisse hinsichtlich der zu erwartenden CO_2 Bilanz der geplanten Landschaftsversiegelung durch Millionen Tonnen von Beton.

Die nicht gegebenen Antworten erschrecken: Sie wissen scheinbar nur, dass sie zwei Prozent der Fläche Deutschlands mit Windkraft zubauen wollen. Ob das überhaupt umsetzbar und sinnvoll ist, wie viel es kostet, was es bringt und ob es der Natur, den Tieren und unseren Wäldern vielleicht mehr schadet als nützt – das alles ist der Regierung offenbar völlig egal.

Kaufmann zieht hieraus folgenden Schluss: „Die Bundesregierung gibt offen zu, dass sie das ‚Wind-an-Land-Gesetz' dem Bundestag ahnungslos vorgelegt und durchgeboxt hat. Die Verfügbarkeit erforderlicher Rohstoffe – insbesondere derer, die in Deutschland gar nicht vorkommen – kann mangels Daten überhaupt nicht überprüft werden. Die Kosten für das Erreichen des Ausbauziels sind nicht abzuschätzen."

Mit der sofortigen Rücknahme des „Wind-an-Land-Gesetzes" muss diese Verantwortungslosigkeit umgehend beendet werden!

Kaufmann dazu: „Wie wir als AfD schon immer gesagt haben, geht es der Ampel weder um Umweltschutz noch um solide Energieversorgung und schon gar nicht um Wirtschaftlichkeit. Der Ampel geht es um pure Ideologie, die eine De-Industrialisierung unseres Landes zumindest in Kauf nimmt, wenn nicht willentlich und systematisch umsetzt."

ÜBRIGENS:

Die in diesem Artikel genannte Antwort der Bundesregierung verweist auf eine Studie von 2021, in der es auf Seite 208/209 heißt: **„Besonders interessant sind Offshore-Windkraftanlagen für Länder wie Deutschland, in denen wirtschaftlich lohnende Standorte für Windkraftanlagen an Land als nahezu ausgeschöpft gelten und somit ein weiterer Ausbau hauptsächlich Offshore oder durch Repowering stattfinden kann."** Gut zu wissen.

www.deutsche-rohstoffagentur.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-50.pdf

Windindustrie: Mehr Schaden als Nutzen? Für die Bundesregierung keine Frage von Interesse.

WIRTSCHAFTSWUNDER À LA SCHOLZ UND HABECK – BERECHNEN SIE NICHT, WAS SIE TUN?

Erst im März versprach Bundeskanzler Olaf Scholz hohe Investitionen und Wachstumsraten wie zu Zeiten des Wirtschaftswunders. Das muss man ihm lassen. Er hat große Visionen und eine teils unbegrenzte Euphorie, was die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes angeht. „Wir haben allen Grund, optimistischer in die Zukunft zu blicken". Er gehe „davon aus, dass Deutschland vor einer Phase großen Wachstums liegt". Und er sprach davon, dass „milliardenschwere, hunderte milliardenschwere privatwirtschaftliche Investitionen" zu erwarten seien „wie wir das über viele Jahrzehnte gar nicht mehr gewohnt waren". Beeindruckend.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute allerding dämpfen diese Prognose nachhaltig. Nach ihren Berechnungen wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,6 Prozent schrumpfen. Wie ist es möglich, dass der Kanzler im Frühjahr mit seiner Prognose so dermaßen daneben lag?

Der Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuss, Dr. Malte Kaufmann: „Der Bundeskanzler verwechselt ganz offensichtlich Einnahmen und Ausgaben. Natürlich führen Investitionen zu neuen Aufträgen und Einnahmen, aber das Geld dafür, hunderte Milliarden, muss erst einmal erwirtschaftet werden, bevor es investiert werden kann."

Für die Ampel ist das kein Problem. Es gibt ja noch den Wirtschaftsminister, im früheren Leben Kinderbuchautor: Robert Habeck will die Wirtschaft in den kommenden vier Jahren um 50 Milliarden Euro entlasten. Auch er hat nicht verstanden, dass dieses Geld erst erwirtschaftet werden muss. Geld, das an einer Stelle zur Verfügung gestellt wird, das fehlt an anderer Stelle.

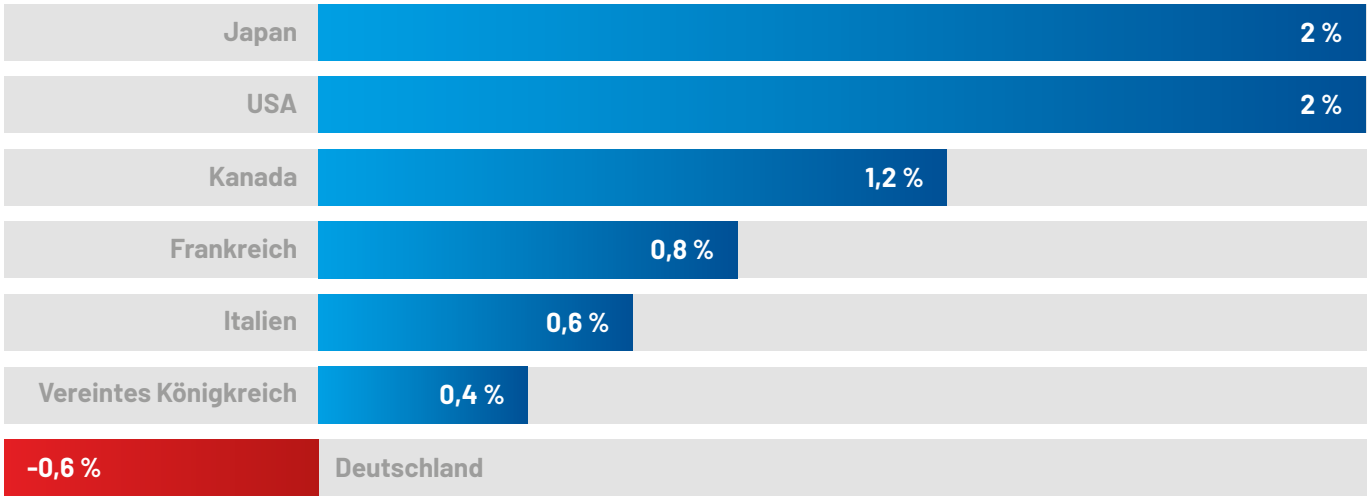
Bei dieser Wirtschaftspolitik kann einem Herbert Grönemeyer in den Sinn kommen mit dem Lied: „Gebt den Kindern das Kommando / Sie berechnen nicht, was sie tun / Die Welt gehört in Kinderhände / Dem Trübsinn ein Ende / Wir werden in Grund und Boden gelacht / Kinder an die Macht."

Vielleicht ist es am Ende noch schlimmer: Wenn Scholz und Habeck sehr wohl wissen, was sie tun.

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, die Indikatoren der Krise ernst zu nehmen und sich losgelöst von linksgrünen Irrwegen für die Interessen der deutschen Wirtschaft einzusetzen. Jede Zögerung aus Vorsatz wird weiteren Schaden anrichten. Leere Worte von „Investitionen", „Wachstumsraten" und „Wirtschaftswunder" werden die Wirtschaft nicht retten.

PROGNOSE DES BIP-WACHSTUMS DER G7-STAATEN 2023

Quelle: ifo-Institut, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 23



VERNUNFT STATT IDEOLOGIE – PLENARREDEN SEIT DER SOMMERPAUSE

Als Mitglied und Obmann im Wirtschaftsausschuss spricht Dr. Malte Kaufmann im Bundestag vor allem zu wirtschaftspolitischen Themen sowie zu Anträgen und Gesetzentwürfen aller Fraktionen. In der Zeit nach der Sommerpause hielt Malte Kaufmann mehere Reden. Themen waren unter anderem „Soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen“ am 29. September, „Exportpolitik“ am 10. November, „Raumfahrtstrategie der Bundesregierung“ sowie „Exportkredit- und Investitionsgarantien des Bundes“ am 11. Oktober. Letztere dokumentieren wir hier leicht gekürzt:

„Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürger!

Ein Wirtschaftsminister, der die eigene Wirtschaft schädigt, um angeblich aus Deutschland heraus das Weltklima zu retten – das kann man sich eigentlich nicht ausdenken; aber in unserem Land ist es leider zur Realität geworden.

Die Hilferufe aus der Wirtschaft wurden in den vergangenen Monaten immer lauter; aber das interessiert Herrn Habeck [...] offenbar nicht im Geringsten.

Nun der nächste Schlag aus seinem Haus: Weite Teile der deutschen Exportwirtschaft sollen nun geschwächt werden, wenn es nach dem Willen von Herrn Habeck und seinen grünen Gesinnungsgenossen geht. Das klingt für die Bürger so unglaublich, dass man es kurz erläutern muss: Jeder weiß, dass der Export unserer Güter in alle Welt entscheidend ist für unseren Wohlstand. Ein Viertel der Arbeitsplätze hängt am Export, und nur durch unseren erfolgreichen Export können wir als rohstoffarmes Land uns zahlreiche Importe leisten, beispielsweise Öl und Gas oder zurzeit auch Kernenergie aus Frankreich.

Exportgeschäfte sind aber häufig mit schwer kalkulierbaren Risiken verbunden. Deshalb gibt es seit Jahrzehnten ebendiese Hermesbürgschaften, die Exportkreditgarantien des Bundes. Ohne solche Garantien würden gerade mittelständische Unternehmen, also das Rückgrat unserer Wirtschaft, solche Exportgeschäfte eben nicht tätigen.

Anstatt diese bewährten Regeln einfach unverändert zu lassen, zumal in diesen schweren Zeiten für unsere Wirtschaft, pfuscht die links-grüne Ampel nun auch in dieses sehr wichtige Instrument hinein, und zwar, um ihre Vorstellung von Klimapolitik in die ganze Welt hinauszutragen. Voll abgesichert werden sollen in Zukunft nur noch besonders klimafreundliche Exportgeschäfte. Aber wehe, es handelt sich bei dem Exportgut um etwas, das nicht in das Weltbild der Grünen passt. Dann soll diese wichtige Absicherung nämlich ersatzlos gestrichen werden, und dann gibt es eben ein solches Exportgeschäft im Zweifel nicht mehr, jedenfalls nicht aus Deutschland heraus, sondern von irgendwo anders auf der Welt. Frei nach Herrn Habeck könnte man auch sagen: Unsere Exportwirtschaft ist dann nicht weg; sie ist einfach nur woanders.

Vertreter der deutschen Wirtschaft können nicht fassen, was hier geplant wird. So hat BDI-Präsident Russwurm in einem Brandbrief unter anderem an Herrn Habeck, Herrn Lindner und an den Kanzler mit deutlichen Worten vor den Folgen der geplanten Änderungen gewarnt. Brandbriefe verschickt man, wenn man sich in seiner Not nicht mehr anders zu helfen weiß – einer Not, die daher rührt, dass diese Regierung von der Realität nichts mehr wissen will. [...]

Diese ganze Denkweise muss also weg, damit wir in Deutschland wieder frei atmen können, und daher unterstützen wir den Antrag der Union, die geplanten Verschärfungen im Bereich der Exportkreditgarantien nicht in Kraft setzen zu lassen. Vielen herzlichen Dank.“

GESUNDHEITSZENTREN RHEIN-NECKAR: DR. MALTE KAUFMANN KÄMPFT FÜR DEN ERHALT DER KLINIKEN

Alarmstufe Rot: Wenig Hoffnung machen die Schlagzeilen der vergangenen Monate für die Klinikstandorte der Gesundheitszentren Rhein-Neckar (GRN). Bei einem Defizit von insgesamt 17,3 Millionen sind Teile des GRN gefährdet. Das hat Auswirkungen auf die insgesamt vier Kliniken mit angeschlossener Apotheke, drei geriatrischen Rehabilitationskliniken sowie einem Seniorenzentrum und zwei Betreuungszentren. Am stärksten betroffen von der aktuellen Krise sind Weinheim und Schwetzingen.

Dr. Malte Kaufmann zeigt sich tief besorgt über diese Krise in der regionalen Gesundheitsvorsorge und stimmt mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der AfD-Kreistagsfraktion Karlheinz Kolb völlig überein, der im September mitteilte: „Alle vier Kliniken garantieren eine hervorragende medizinische Versorgung des Rhein-Neckar-Kreises und sind hier nicht wegzudenken. Ursache der Finanzprobleme sind Fehler bei der Krankenhausfinanzierung, dies ist ein landesweites Problem, da 70 Prozent der Krankenhäuser vor dem finanziellen Kollaps stehen."

Kaufmann ergänzte bereits damals: „Das Wohl der Bürger, gerade im ländlichen Raum, steht für uns im Mittelpunkt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die medizinische Versorgung umfassend erhalten bleibt. Dazu gehören alle vier GRN-Kliniken in unserem Kreis."

Er zitiert eine Pressemitteilung der Kreistagsfraktion der AfD: „Die AfD-Fraktion steht uneingeschränkt für den Erhalt der Kliniken und wird sich dafür einsetzen, dass im Haushalt ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um das Weiterbestehen der Kliniken und die sichere medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Mit dieser Mitteilung möchten wir den Mitarbeitern der GRN-Kliniken die Ängste nehmen und unsere volle Unterstützung zusagen."

An der wohnortnahen medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Rhein-Neckar-Gebiet darf nicht gespart werden! (Symbolbild)

UNTERWEGS FÜR FAIRE UND DEMOKRATISCHE WAHLEN: OSZE-WAHLBEOBACHTER IN POLEN

Die AfD-Bundestagsabgeordneten Stefan Keuter und Dr. Malte Kaufmann haben als Wahlbeobachter an den Parlamentswahlen in Polen am 15. Oktober teilgenommen. Am 15. Oktober wurden der Sejm (das Unterhaus) und der Senat (das Oberhaus) gewählt.

Der Einsatz für Dr. Malte Kaufmann begann bereits am Donnerstag mit der Reise nach Polen. Der Freitag und Teile des Samstags waren gut gefüllt mir Briefings zum Ablauf der Wahl und der Wahlbeobachtung sowie allem was an Unterlagen und Details so dazu gehört. Sowohl die Wahlen als auch die Wahlbeobachtung sollten in geordneten Bahnen nach einheitlichen Standards erfolgen.

Am Samstag erfolgte dann auch die Weiterreise zu den jeweiligen Wahlkreisen und Beobachtungsorten. Der Abgeordnete Stefan Keuter war als Teil der OSZE-Wahlbeobachtungsmission in Gdansk, Dr. Malte Kaufmann konnte in Krakow den Wahlbeobachtungsauftrag erfüllen. Abgeordnete aus den verschiedenen Ländern werden jeweils zu zweit in die Wahllokale entsandt. Für Dr. Malte Kaufmann in Krakow bedeutete das Unterstützung durch den Abgeordneten Andreas Minnich (Nationalrat Österreich, ÖVP).

Am Tag nach der Wahl erfolgt im Rahmen eines Treffens der Wahlbeobachter eine Auswertung und ein abschließendes Protokoll. Aufgrund ihrer Verpflichtungen und der Distanzen können daran nicht immer alle Wahlbeobachter teilnehmen.

Für Dr. Malte Kaufmann war dieser Einsatz nicht der erste als Wahlbeobachter im Auftrag der OSZE. Dr. Malte Kaufmann

Parlamentswahlen in Polen: Andreas Minnich (ÖVP) und Dr. Malte Kaufmann (AfD) bei der Wahlbeobachtung in Polen.

schrieb im Vorfeld zu seinem Einsatz in Polen: „Für Deutschland ist Polen ein strategisch wichtiger Partner. Deutsche Exporte nach Polen stiegen in den ersten drei Monaten 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent auf 22,5 Milliarden Euro. Die Auslandshandelskammer beziffert die Investitionen deutscher Unternehmen in Polen auf 36 Milliarden Euro, die dort 430.000 Arbeitsplätze schaffen.

Polens politische Stabilität und wirtschaftliche Verlässlichkeit ist deshalb auch in unserem Interesse. Ich freue mich darüber, dass ich durch die OSZE-Wahlbeobachtungsmission einen Beitrag zu fairen und demokratischen Wahlen leisten konnte."

„Freiheit und Vernunft […] trafen dann auf deutsche Tugenden wie Fleiß, Genauigkeit, Erfindertum und Qualitätsbewusstsein, und zwar auf Basis des christlichen Menschenbilds, das den Menschen als ein von Gott geschaffenes und geliebtes Individuum betrachtet, das seine Entscheidungen in Freiheit und mit Verantwortung selbst trifft."

Dr. Malte Kaufmann, 29.09.23 im Deutschen Bundestag

KLAUSUR MIT DER LANDTAGSFRAKTION BADEN-WÜRTTEMBERG

Die AfD-Landtagsfraktion zusammen mit der Landesgruppe der AfD-Bundestagsfraktion bei der Klausur in Stuttgart.

Starke Positionen für ein starkes Land. Unter diesem Motto traf sich die AfD-Landesgruppe des Bundestages mit der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Bei guter Arbeitsatmosphäre identifizierten und diskutierten die Abgeordneten in Stuttgart drängende Themen unseres schönen Bundeslandes. Gemeinsam entwickelten sie strategische Positionen, unterstützt durch externe Fachreferenten für die jeweiligen Themengebiete.

Die steigenden Umfragewerte geben ihnen Recht: Schluss mit der grün-schwarzen Vernichtung von Wohlstand und Zukunft unseres Bundeslandes! Immer mehr Bürger wollen auch in Baden-Württemberg, dass die AfD in Regierungsverantwortung gelangt, um den verhängnisvollen Kurs der Altparteien endlich zu beenden. Regieren: Nur noch mit der AfD!

Die Alternative für Deutschland erkennt Probleme nicht nur, sondern erarbeitet Lösungen, die sie in Regierungsverantwortung umsetzen will. Dazu gehören starke Positionen:

Themenkomplex 01: Innere Sicherheit – für ein sicheres Baden-Württemberg.
Die innere Sicherheit hat höchste Priorität für das Land Baden-Württemberg. Es wurde eine umfassende Sicherheitsstrategie entwickelt, die die Bekämpfung von Kriminalität, die Stärkung der Polizei und die Förderung von Prävention umfasst.

Themenkomplex 02: Wohnen und bezahlbares Eigenheim.
Wohnungspolitik muss die Verfügbarkeit eines bezahlbaren Eigenheims für alle Bürger sichern. Es wurden daher Lösungen zur Reduzierung von Mietpreisen und zur Unterstützung beim Erwerb von Eigenheimen entwickelt.

Themenkomplex 03: Standortsicherung – De-Industrialisierung stoppen – sofort!
Immer mehr Bürger erleben, dass ohne funktionierende Wirtschaft und florierenden Arbeitsmarkt die Lebensqualität in Baden-Württemberg sinkt. Daher wurden Maßnahmen zur Standortsicherung einschließlich der Förderung von Unternehmertum, Innovation und Fachkräfteentwicklung erarbeitet.

Themenkomplex 04: Wald bewahren, Fläche sparen.
Der Erhalt der Umwelt und die Reduzierung des Flächenverbrauchs sind zentrale Anliegen unserer Politik. Es wurden daher Strategien zur Begrenzung des Flächenfraßes und zur Förderung von nachhaltiger Stadtentwicklung und Landnutzung beschlossen.

Unsere Lösungen im Detail finden Sie unter: **afd-fraktion-bw.de/publikationen/**

HERZENSANGELEGENHEIT: DIREKTER KONTAKT ZU BÜRGERN UND WÄHLERN

Landauf, landab finden Stammtische in verschiedenen Kreisverbänden statt. Selbst als Gastgeber fungieren zu dürfen, ist daher immer auch etwas Besonderes. Im September begrüßte Dr. Malte Kaufmann den Abgeordnetenkollegen Anton Baron MdL, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, zum Stammtisch im eigenen Kreisverband. Baron informierte über die Arbeit der Landtagsfraktion in Stuttgart und die Auswirkungen des neu verabschiedeten Gebäudeenergiegesetzes.

Der Abend wird vielen Teilnehmern lange in Erinnerung bleiben. Eines der langjährigsten und aktivsten Mitglieder des Kreisverbandes feierte in diesem Rahmen seinen 90. Geburtstag.

Etwa zwei Wochen später war Dr. Malte Kaufmann Gast im Zollernalbkreis. Der dortige Stammtisch bot eine gute Gelegenheit, aus der Arbeit im Bundestag zu berichten und aktuelle Fragen der Mitglieder und Bürger vor Ort zu beantworten.

Wer Abgeordneter aus Leidenschaft ist, wird diese Begegnungen mit Menschen wertschätzen und Gelegenheiten suchen, die den Bürgern ermöglichen, ihren Anliegen Worte zu verleihen und Sorgen im wahrsten Sinne des Wortes loszuwerden.

Stammtische, Bürgerdialoge, und Bürgersprechstunden finden regelmäßig statt. Wie im Dezember in Pforzheim und im Rhein-Neckar-Kreis, in Heidelberg-Bahnstadt, in Weinheim, in Heidelberg-Pfaffengrund und in der Region Ulm.

Das Team des Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann freut sich über Anfragen aus der Bevölkerung und den AfD-Kreisverbänden für weitere Termine.

Stammtisch im Kreisverband Rhein-Neckar mit Dr. Malte Kaufmann und dem Fraktionsvorsitzenden der AfD-Landtagsfraktion Anton Baron (Mitte).

VOLLE KRAFT VORAUS – BÜRGERDIALOG AUF DEM RHEIN

Bei herrlichem Sommerwetter eröffneten die Bundestagsabgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Martin Hess und Marc Bernhard ihren Bürgerdialog am 9. September auf dem Rhein. Mehr als 150 Gäste waren an Bord des Schiffes, als die Abgeordneten Einblick gaben in den parlamentarischen Alltag in Berlin und ihre politische Arbeit zum Wohle der Bürger. Nach kurzen Impulsreferaten gab es die Möglichkeit für Fragen und zum persönlichen Gespräch.

Dr. Malte Kaufmann: „Ich liebe es, wenn ich Gastgeber für die Bürger sein kann. Sehr gerne nehme ich die Anliegen auf, um mich in Berlin und im Wahlkreis mit Lösungen einzubringen." Das Büro erteilt unter der E-Mail-Adresse **malte.kaufmann@bundestag.de** jederzeit Auskunft über aktuelle Termine. Unter dieser Adresse können Sie auch den E-Mail-Newsletter abonnieren, der Sie über Termine und Wissenswertes auf dem Laufenden hält.

Gute Stimmung beim Bürgerdialog auf dem Rhein – von Mannheim nach Speyer und wieder zurück.

Genügend Zeit für persönliche Gespräche.

BERLIN, BERLIN, WIR FAHREN NACH BERLIN

Besuchergruppe bei der BPA-Fahrt vom 06. bis 09. September 2023.

Ein Highlight für Besuchergruppen in Berlin ist die Besichtigung des Deutschen Bundestages. Jährlich haben rund 100.000 Interessierte aus ganz Deutschland die Möglichkeit, in Berlin die Luft der Bundespolitik zu schnuppern. Natürlich verteilen sich die Besucher auf zahlreiche Gruppen aus den Wahlkreisen der Bundestagsabgeordneten. Eine Besuchergruppe aus Heidelberg war kürzlich zu Gast bei Dr. Malte Kaufmann. Nach einer gemeinsamen Anreise nach Berlin und ersten Eindrücken der Stadt, begrüßte der Abgeordnete die Gruppe im Fraktionsraum der Alternative für Deutschland. Er berichtete aus seiner Arbeit und nahm sich Zeit für Fragen der Gruppe. Es folgte die Besichtigung des Plenarsaals mit einem Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments.

Anschließend gab es die Dachterrasse und die Kuppel des Reichstages zu besichtigen. Der Ausblick von dem Dach dieses Gebäudes mit seiner langen Geschichte und der Blick über Berlin sind etwas ganz besonderes, nicht nur wenn man zum ersten Mal dort steht. Die Deutschlandflaggen auf den Türmen lassen das Herz eines jeden Patrioten höher schlagen. Der Blick über die Stadt Berlin zeigt etwas von der Schönheit unseres Landes und lässt die eine oder andere politische Baustelle vergessen, die es in Stadt und Land gibt und die einige Etagen tiefer beraten werden.

Abgerundet werden die Berlinfahrten durch ein vielseitiges Rahmenprogramm. Dazu gehören Besichtigungen der Stadt sowie von Museen oder Gedenkstätten. Für Verpflegung ist gesorgt und die gemeinsamen Mahlzeiten geben einen Einblick in die vielseitige Küche Berlins. Es bleiben viele Eindrücke und gute Begegnungen, die Appetit machen auf mehr Berlin, und bei dem einen oder anderen vielleicht darauf, Politik mitzugestalten.

Dr. Malte Kaufmann: „Danke für's Kommen sowie für viele interessante Gespräche und Gedankenanstöße für meine politische Arbeit!“

„Freiheit ist ein Begriff, der weiten Teilen dieser Regierung absolut fremd ist. Das hat man insbesondere bei den unsäglichen Coronazwangsmaßnahmen gesehen, die Sie verhängt haben.“

Dr. Malte Kaufmann, 29.09.23 im Deutschen Bundestag

Der 10-Punkte-Plan einer AfD-geführten Bundesregierung: Einfach hier abschneiden und zu einem übersichtlichen 6-Seiter falten.

9. Gesundheitliche Eigenverantwortung stärken

Wir werden:

- körperliche Unversehrtheit garantieren. Wir lehnen deshalb Pflichtimpfungen ab;
- Impfopfer entschädigen und versorgen;
- die Forschung zu Impfschäden fördern und auch die Pharmaindustrie in die Pflicht nehmen;
- alle Corona-Maßnahmen evaluieren und das geschehene Unrecht juristisch aufarbeiten.

10. Bildung ist Zukunft für Deutschland

Wir werden:

- Bildung, Wissenschaft und Forschung von Ideologie befreien, Zensur und Cancel-Culture stoppen und die Erforschung moderner Kernenergie-, Verbrenner- und Kraftstofftechnologien fördern;
- die duale Ausbildung stärken, indem die Meisterausbildung kostenfrei wird. Wir wollen Berufsschulen erhalten und ausbauen, um Fachkräfte in Wirtschaft, Handwerk und Handel zu gewinnen;
- Bildungsstand und Bildungsfähigkeit zu einem entscheidenden Kriterium der Einwanderungspolitik machen;
- die Gender-Sprache an allen Ministerien, Behörden und Institutionen verbieten und Deutsch als Landes- und Bildungssprache im Grundgesetz festschreiben.

Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Malte Kaufmann MdB
Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Baden-Württemberg
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bildnachweis: Seite 1 (Titel): kevin-woblick / unsplash;
Seite 2: MarianVejcik / iStock, ermingut / iStock;
Seite 3: Kamila Kozioł / iStock, alexandr_1958 / iStock;
Seite 5: fcafotodigital / iStock, gpointstudio / iStock;
Seite 6: privat

malte-kaufmann.de
kaufmannmalte
maltekaufmann
malte.kaufmann

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Wahlkreis Heidelberg-Weinheim
Landesliste Baden-Württemberg

10 Punkte für Deutschland

SOFORTPROGRAMM EINER AfD-GEFÜHRTEN BUNDESREGIERUNG

Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Immer mehr Bürger erkennen, dass die Ampel-Koalition unser Land in den Ruin führt. In Regierungsverantwortung werden wir die folgenden Maßnahmen zügig umsetzen:

1. Deindustrialisierung Deutschlands stoppen

Wir werden:

- unser Land aus der Rezession holen und die Deindustrialisierung stoppen. Wir werden vor allem für niedrigere Energiepreise sorgen, die CO2-Abgabe ersatzlos streichen und Energiesteuern senken. Wir werden die Bürokratie drastisch abbauen;
- die Staatsausgaben in den Bereichen Migration, Klima- und Entwicklungspolitik drastisch senken und in Infrastruktur investieren;
- die Nord-Stream-Leitungen reparieren und wieder in Betrieb nehmen, alle funktionsfähigen Kernkraftwerke reaktivieren und langfristig neue bauen.
- die sogenannte Energiewende komplett beenden und für Technologieoffenheit sorgen;
- Ein Verbrennungsmotorenverbot auf EU-Ebene rückgängig machen.

2. Mehr Freiheit, weniger Steuern für Bürger und Unternehmen

Wir werden:

- Bürger und Unternehmen entlasten, indem wir die Strom- und die Energiesteuer auf ein Minimum senken sowie die Luftverkehr- und Grundsteuer, die CO2-Abgabe und den Solidaritätszuschlag ersatzlos streichen;
- die Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer auf 50 Cent erhöhen;
- Bargeld als Zahlungsmittel im Grundgesetz verankern – auch gegen den Willen der EU;
- Verhandlungen zur Reduktion unserer EU-Beiträge und zur Neugründung einer Europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft eröffnen;
- direkte Demokratie ermöglichen und die Bürger durch Volksabstimmungen entscheiden lassen.

3. Verheerende Migrationspolitik beenden

Wir werden:

- die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme unterbinden, indem wir für Flüchtlinge und Migranten Sachstatt Geldleistungen einführen;
- illegale Zuwanderung durch effektiven Grenzschutz verhindern und alle illegalen oder straffällig gewordenen Migranten konsequent abschieben;
- ein Einbürgerungsrecht in deutschem Interesse einführen. Einbürgerungen müssen an hohe Hürden gebunden sein.

4. Unseren Sozialstaat retten

Wir werden:

- durch »Fordern und Fördern« alle Erwerbsfähigen in Beschäftigung bringen und damit die Sozialkassen stärken;
- für höhere Nettolöhne sorgen, indem wir die Steuerlast senken;
- Sozialleistungsmissbrauch konsequent bekämpfen;
- Altersarmut durch faire Renten verhindern.

5. Deutschland wieder sicher machen

Wir werden:

- die Ausstattung der Bundespolizei optimieren und ihre Befugnisse zur Bewältigung der Migrationskrise erweitern;
- Messer- und Clankriminalität bekämpfen und Nichtdeutsche in diesem Zusammenhang abschieben;
- Extremismus jeglicher Art, auch Islamismus und Linksextremismus, werden wir mit aller Härte bekämpfen.

6. Für deutsche Interessen in einer multipolaren Welt

Wir werden:

- eine Außenpolitik durchsetzen, die in einer multipolaren Weltordnung deutsche Interessen vertritt und sich für den Frieden engagiert.

7. Eine starke Bundeswehr als Garant einer souveränen Nation

Wir werden:

- die Bundeswehr finanziell, materiell und personell so ausstatten, dass sie zum verfassungsgemäßen Auftrag der Landesverteidigung ertüchtigt wird.

8. Familien stärken – Erziehungsarbeit belohnen

Wir werden:

- ein Betreuungsgeld einführen, um Wahlfreiheit zu schaffen und die Erziehungsarbeit zu honorieren;
- ein Familiensplitting einführen, das die Kinderzahl bei der Einkommensteuer berücksichtigt;
- ein zinsfreies Darlehen für Eltern nach der Geburt ihrer Kinder einführen;
- die Gender-Ideologie zurückdrängen

Impressum

WEITBLICK – Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 15 Quartal 1/2024 | Herausgeber und verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Malte Kaufmann MdB • Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag • Landesgruppe Baden-Württemberg • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin | Auflage: 1.500 Stück | Bildnachweis: Seite 1 (Titel): canadastock / shutterstock; Seite 4: Ries Bosch / unsplash; Seite 7: nadtochiy / shutterstock; Seite 10: national-cancer-institute / unsplash; Rückseite: Francesco Luca Labianca / unsplash; Restliche Bilder: privat